

Marxistisches Forum

in der Partei DIE LINKE.

Kontakt: Marxistisches Forum, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Mail: marxistisches-forum@t-online.de

Berlin, 03.02.2022

Erklärung SprecherInnenrat des Marxistisches Forums in der Partei DIE LINKE.

Die Konfrontation mit Russland und China beenden

Der Jahresbeginn 2022 ist außenpolitisch durch die weitere Zuspitzung des Konflikts, zwischen den in der NATO verbündeten, westlichen Mächten USA und EU auf der einen Seite, sowie Russland und China auf der Gegenseite, gekennzeichnet. Von Seiten der Regierung der USA und vieler Regierungen der EU wird Russland und China als Gefahr für den Weltfrieden dämonisiert. Mit dieser Dämonisierung Russlands und China werden weitere Aufrüstungen der NATO-Staaten begründet sowie die Ausweitung der Lieferung von Rüstungsgütern an die Ukraine begründet. Ziel ist eine weitere Isolation von China und Russland argumentativ zu erreichen.

Mit einer massiven Kriegsrhetorik wird die Gefahr der Auslösung eines ernsthaften Konfliktes, ja sogar eines größeren Stellvertreterkrieges bewusst in Kauf genommen.

Auch die jüngsten Gipfeltreffen USA-Russland und Russland-NATO haben zu keiner Deeskalation der Konfrontationsspirale beigetragen. In den NATO-Staaten wird die Dämonisierung Russlands und Chinas genutzt, um die eigene aggressive Aufrüstungspolitik und eine weitere Osterweiterung der NATO vorzubereiten und die massive Militärpräsenz der NATO-Staaten im südpazifischen Raum zu begründen.

Das berechtigte Anliegen Russlands nach Sicherheitsgarantien, keiner weiteren Osterweiterung der NATO, keiner Stationierung von NATO-Raketen an den russischen Grenzen, - was der NATO einen ‚Enthauptungsschlag‘ gegen Russland ermöglichen würde - ist durch die US-Regierung, die EU-Kommission, die Bundesregierung und den NATO-Generalsekretär brusk zurückgewiesen worden. Durch massive Militärpräsenz in Mittel- und Osteuropa und eine offensive Aufrüstungsstrategie versuchen die NATO-Staaten Russland

und China zu destabilisieren und gleichzeitig die Militärpräsenz der NATO direkt an der russischen Grenze zu legitimieren.

Auch die neue Bundesregierung unterstützt diesen Konfrontationskurs. Die neue deutsche Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD), will Putin „ins Visier“ nehmen, wie sie kürzlich sagte. Ihre Vorgängerin hatte sogar mit einem Angriff auf Russland gedroht: Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU), erklärte, die NATO müsse angesichts zunehmender Herausforderungen durch Russland „sehr deutlich machen“, dass sie auch zu militärischen Maßnahmen bereit sei. Und der neue Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, Michael Roth (SPD), fordert weitere schmerzhafte Sanktionierungen gegen Russland, darunter auch die Aufkündigung der Verträge zu Nordstream 2. Von Seiten der Grünen hatte sich Robert Habeck bereits im Sommer 2021 für Waffenlieferungen an die Ukraine ausgesprochen.

Statt Konfrontation brauchen wir eine neue Entspannungspolitik.

Seit mehreren Jahrzehnten werden die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands durch die NATO-Osterweiterung und die massive Truppenpräsenz in den Staaten Mittel- und Osteuropas bewusst missachtet. Auf diese Politik antwortet die russische Regierung mit einer Erhöhung der Truppenstärke an der westlichen und südlichen Grenze Russlands.

Dieser Aufrüstungspolitik muss eine neue Entspannungspolitik entgegengesetzt werden. Eine solche Entspannungspolitik muss ausdrücklich die legitimen Sicherheitsinteressen Russlands und Chinas beachten.

Um eine Entspannungspolitik möglich zu machen

- dürfen keine Nato-Manöver in früheren Warschauer-Pakt-Staaten mehr stattfinden;
- müssen alle Pläne, neue Mittelstreckenwaffen oder Hyperschallwaffen in Europa zu stationieren, sofort beendet werden;
- die US-Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden und Deutschland auf die atomare Teilhabe verzichten.

Weiterhin zeigt die aktuelle Lage die Dringlichkeit auf, die NATO aufzulösen und durch ein System der kollektiven Sicherheit unter Einbeziehung Russlands und China zu ersetzen.

Abrüsten statt Aufrüsten: Partei DIE LINKE muss Forderung nach einer neuen Entspannungspolitik in den Mittelpunkt ihrer außenpolitischen Forderungen stellen

Das Marxistische Forum erwartet von der Partei DIE LINKE, dass sie sich gegen alle Versuche wendet, Russland und China zu dämonisieren. Ein am Antimilitarismus ausgerichteter Friedenskurs muss die vielfachen Diffamierungsversuche gegenüber den Regierungen Chinas

und Russlands widersprechen und zurückweisen. Es gilt die Fehlinformationen der NATO und der sie tragenden imperialistischen Regierungen aufzudecken.

Für die Partei DIE LINKE muss unabhängig davon, wie einzelne Mitglieder zu Russland und China stehen, Liebknechts Position gelten „der Hauptfeind steht im eigenen Land“. Aufgabe linker Außen- und Sicherheitspolitik muss die Forderung nach einer sofortigen Beendigung der Aufrüstungspolitik von NATO; EU und Bundesregierung sein. Die Partei DIE LINKE muss ihre Kontakte zu den Regierungen in Russland und China nutzen und durch eine Politik der Aufklärung zu einer Veränderung der aufgeheizten ideologischen Verzerrungen beitragen. Vorwürfen von Seiten der Bundesregierung oder einiger Medien, die Partei DIE LINKE hätte eine angeblichen Nähe zur Politik von Ministerpräsidenten Putin, sollte sich die Partei selbstbewusst entgegenstellen. DIE LINKE ist gegenüber der russischen Regierung nicht unkritisch, wenn sie sich für gegenseitiges Verständnis und Entspannungspolitik einsetzt.

Angesichts der historischen Erfahrungen, welche die Sowjetunion mit dem von Nazi-Deutschland entfesselten Angriffs- und Vernichtungskrieg machte, hat die deutsche Außenpolitik eine historische Bringschuld. Von Deutschland und von der durch Deutschland dominierten imperialen EU darf keine Bedrohung gegen Russland ausgehen.

DIE LINKE muss gegen den vorherrschenden Trend einer Dämonisierung Russlands ankämpfen. Linke Politik wird dabei die gesellschaftlichen Verhältnisse in den USA, den Staaten der EU genau wie in Russland oder China analysieren und auch kritisieren. Aufgabe linker Politik ist die Kritik US-amerikanischer, europäischer, deutscher, aber auch russischer Innenpolitik, wenn sie gegen die Interessen der Arbeitnehmer*innen, sozial Ausgegrenzten und Minderheiten gerichtet ist.

DIE LINKE kritisiert die massive Bereicherung einer kleinen Elite in den westlichen Staaten genau wie die Bereicherung von Einzelnen in Russland. Sie verteidigt die Rechte der russischen Linken genauso wie die Rechte linker Parteien und Gruppen in den NATO-Staaten. DIE LINKE muss alle Formen von Repressalien gegen politische Linke, Antifaschist*innen und Umweltaktivist*innen sowohl in den westlichen Staaten als auch in Russland kritisieren und die demokratischen Rechte in allen Staaten verteidigen.

Aber DIE LINKE muss auch deutlich aufzeigen, dass für die jetzige internationale Zuspitzung der Lage und die Aufrüstungsspirale die NATO-Staaten und nicht Russland oder China verantwortlich sind. Nicht Russland und China kreisen die NATO ein, sondern umgekehrt. Der Unterschied zwischen Opfer und Aggressor darf nicht verwischt werden.

DIE LINKE solidarisiert sich mit linken Kräften wie der Kommunistischen Partei Russlands, die Opfer eines Wahlbetruges bei der letzten Parlamentswahl waren und vielfältigen Benachteiligungen ausgesetzt sind.

Die imperialistische Politik gegenüber Russlands und Chinas muss sofort beendet werden. Die NATO-Staaten, genau wie EU und die deutsche Außenpolitik wollen China und Russland destabilisieren, um ihre geopolitische Vorherrschaft zu sichern und auszubauen. Eine solche Entwicklung würde es dem globalen westlichen Kapital ermöglichen, Zugang zu den natürlichen Reichtümern Russland zu erhalten, den wirtschaftlichen Aufstieg Chinas auszubremsen und noch aggressiver in neue Märkte zu expandieren.

DIE LINKE muss sich allen Bestrebungen, eine solche imperiale Außenpolitik, die auch einen Angriffskrieg als legitimes Mittel zur Durchsetzung der eigenen Interessen definiert, entgegenstellen. Allen Versuchen, durch eine militaristische Außenpolitik die Sicherheit der Welt zu gefährden, muss eine klare Absage erteilt werden.

Die Initiative „Frieden-Links“ aus namhaften Vertreter*innen der Friedensbewegung und Politiker*innen des linken Flügels der Partei DIE LINKE schreibt: „Entgegen der Fake-Demoskopie will die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung Frieden, Abrüstung, ein gutnachbarschaftliches Verhältnis zu Russland. Genau das verhindert die NATO. Sie zerstört Frieden mit ihren Kriegen.“

Das Marxistische Forum fordert den Parteivorstand der Partei DI LINKE auf, sich gegen den Aufrüstungs- und Kriegskurs der NATO-Staaten klar zu positionieren und sich allen Versuche von Medien und Vertreter*innen der Bundesregierung, Entspannungspolitik zu diffamieren, offensiv entgegenzustellen.